

geführten sind. Man muss nur Seiten zu Seiten, bei dem bei der erhebenden schlechten Wagenstellung auf jedem größeren Bahnhof eine Etagation des Wagens umlauf eingetreten ist, das für Transporte von wenig mehr als hundert Kilometern, für die früher höchstens zwei bis drei Tage gebraucht wurden, die Wagen, wie besonders im Norden Deutschlands, oft Tage und länger laufen, um zu erreichen, das hier nicht eine Erhöhung der Tarife, sondern nur eine totale Verzettelung der Bahnlinie helfen kann, das allein durch schnellere Wagenumlauf Rücksichten gewonnen werden können. Ob der Eisenbahnmännchen diesen Wagnen mit seinem Eisenbahndienstes und dem Arbeitszeitgebot begegnen kann, muss die Zukunft lehren. Gegen das Eisenbahnrecht haben sich kaum bemerkenswerte Widerstände erhoben, es kann ansetzen günstig wirken, zumal wenn man den vorausgehenden Betriebsrat mit weniger als hundert Mitgliedern durch Beschränkung der Zahl an einer wirklich attraktiven Korporation umgestaltet. Dagegen bei das noch notwendige Arbeitszeitgebot, das grundsätzlich am Arbeitstagenten festhält und lediglich für die bloße Dienstverzettelung eine Verlängerung vor sieht, in so allgemeinen und in Gewerkschaftstreilen sehr entzündlichen Widerstand gefunden. Doch wohl bekannte Sozialisten und Arbeitervertreter, wie Braun, Göbel, Hirschfeld, Neumann, Umbrecht und Wissel, in dem Sinne der Sozialisierungskommission zu gleichen Resultaten gekommen sind, wie sie Minister Groener vorausgesehen, sowie der "Bauarbeiter" bereits mit Nachdruck auf die "größte" Arbeiterschaft von der Durchführung des Abkommenes sagt⁸, und heißt keine agitatorischen Reden zu machen. Überall zu den Feierlichkeiten des Allgemeinenwohls. Überall diesen Widerstand nicht bei der bekannten rücksichtsvollen Führung der Regierung davon alles, was von links gefordert wird, die Kooperationslinie einiges Sanierungsmaßnahmen zu denken, muss abgewartet werden.

Bei der Post aber sind noch nicht mal diese Aussagen zu sehen. Hier spielt der Verkehrsminister Wiesner als Postminister seine Hauptfunktion darin zu erblicken, mit den sozialistischen Traditionen auf quem auch zu leben. Wenn es Tatsache ist, was der Aug. Delius im "Demokratischen Zeitungsdienst" über Wiesner's Eingeständnisse im Reichsverkehrsamt berichtet hat — und ein Dementi ist nicht erfolgt —, so ist das geradezu ein Skandal. Ein Minister, der nicht nur zugeben muss, dass die Leistungen des Verkehrs am 30. November zurückgegangen sind, der bei einer gezielten Urlaubswelle die Krankheitsschiffer mit 27 Prozent ausben — im Vergleich beträgt die höchste etwa 12 Prozent — der die Autorität der Bogenreiter als aussergewöhnlich, die in vielen Straßenseiten wegen des Widerstandes der Gewerkschaften als unabködlich bezeichneten muss, kann nicht im parlamentarischen Deutschland am Ruder stehen. Die Postbeamten des Dresden-Begriffs haben diese Angaben als hier nicht wahrnehmbar bezeichnet, und das steht anders als reicht ihu zur Ehre. Die Tatsache zeigt, dass es im allgemeinen die Reichspost zu ausrichten, wie es Herr Wiesner gehofft hat, bleibt darum doch bestehen. Alle Parteien haben in Ausdruck schwere Anklagen gegen die Post erhoben und den mehrheitssozialistischen Aug. Stöckel hat sogar die Stellung eines Teiles der Beamten und Gewerkschaften verordnet. Trotzdem ist Wiesner heute noch keinem und lacht von irgendwelchen Machtmitteln gegen den Schandton nichts verlaufen. Unser sozialistische Politik, auch der Gewerkschaftsverband wird trotz der im Süden eingerückten Erhöhung wieder am 20. Dezember vertreten, und der einzige Ausweg des Ministers auf der verbliebenen Seite der Abstimmung des Verkehrs also weiterer Kooperationsvereinigung und unverzüglicher Belehrung der Postleitung, die die Mittel für die unverantwortliche Wirtschaftsstadt aufzubringen hat.

Es bleibt die militärische Einschaltung der Regierung auf eine Art, um einen der Reaktionen auf der allgemeinen Wollseid-Vertrag einendende Tarifpolitik, die als eins der Hauptanträge für die Bevölkerung des sozialen Bereichs angesetzt wurde. Wo bleibt die Volksvertretung? Es ist die einzige Wahl, auf die Belehrung zu verzichten oder "wachende" dringt. Die Eisenbahnarbeiter unterscheiden die Erhöhung des Nachholages zwar nicht, aber dennoch sozialistische Auffassungen, doch werden sie bei den Preisänderungen des Eisenbahnmännchen genugend verstanden. Das kann nicht so leicht und nicht Mode, darüber Vorlagen, wie auch ein sozialistische Belebungswillen, so spät etwas bringen, es kann nun das Aufzutreten auf rechten Zeit nicht zu verzögern, ohne eine heile laufende Beratungen im Kreis und in Land, und Wagen annehmen muss, noch darf man die kommende Entente droht. Es genügt nicht, dass angehörende geradezu idealen Beispiele parlamentarisch der Reaktion gegenüberstehen, im Kabinett der Reaktionen auszutreten, um die Reaktionen zu entkräften. Das aber sollte die Volksvertretung nicht tun, wenn sie die Erhöhung der Tarife, die am 20. Dezember auf das Viehmarktwerk kann hierbei sehr gute Handhaben wissen. Das aber sollte auch unter Berücksichtigung der Gewerkschaften auch die angekündigte Anpassung der Tarife nie zu einer Sanktion führen kann.

Graf Westarp über den Kaiserbrief.

Berlin, 20. Dez. Der Bund der Kaufleute hatte gestern abend eine Sitzung bei der Verhandlung veranstaltet, in der die Bedeutung des Kaiserbriefs an Hindenburg zur Behandlung kam. Dabei entwickele Graf Westarp zu einem einschlägigen Bericht an Hand der Akten die gesuchten Dokumente. Damit verglich er die kurze Sage des Kaisers, wie deren vollkommene gelehrte Treue nach und warum die Bedeutung des Briefes für die Beurteilung der deutschen Schul- und Kultur, sowie für die Beurteilung des Überganges nach Holland, der nach seinen glaubwürdigen Beweisen nicht als seige Flucht, sondern als Dienst für das Vaterland zu werten ist. Es wurde dann eine Einschätzung angenommen, in der es u. a. heißt: "Der Briefmeier zwischen dem Kaiser und Hindenburg ist eine neue wichtige Waffe in dem Kampfe, den die deutsche Regierung gegen die Räte von Deutschland und Wald am Riede führen muss, wenn es nicht auf Seiten und Zukunft endgültig verloren wird. Durch den Brief des Kaisers und das Zeugnis seiner Ratgeber ist erneut volle Auflösung darüber geschaffen, dass der Kaiser bei dem schweren Entsatz seines Heersturms nach Holland in Übereinstimmung mit dem Urteil seiner verantwortlichen Ratgeber lediglich von dem Bewegende geleitet worden ist, dem über alles geliebten Vaterland zu dienen."

Dokumente deutscher Friedensbemühungen 1917.

Eigner Bericht der Dresdner Nachrichten.
Brüssel, 20. Dez. In der Kammer wurde an die Regierung folgende Anfrage gestellt, die erst später beantwortet werden soll: Kurz nach dem Waffenstillstand wurden auf der früheren deutschen Kommandatur in Brüssel Dokumente gefunden, welche sich auf die im Jahre 1917 von dem Generalstaat v. d. Lanzen geführten Friedensverhandlungen bezogen. Diese Dokumente seien der französischen Regierung überreicht worden. Der Abgeordnete Vierard fragt nun, ob die belgische Regierung Abschriften von den Dokumenten behalten hätte.

Übergreifen des Streiks auf das rheinische Gebiet.

Drucksmitteilung unserer Berliner Zeitung.
Berlin, 20. Dez. Der Streik der Eisenbahnarbeiter und eines Teils der Unterbeamten hat sich, wie die bei den amtlichen Stellen eingelaufenen Nachrichten besagen, nicht auf das Eisenbahngebiet Oberfeld beauftragen, sondern beschränkt auf das rheinische Gebiet übergetreten.

Lahmlegung des gesamten Industrie- und Kohlen-

-reviers

gerechnet werden muß. Der Personennahverkehr nach dem Westen ist zwar jetzt noch im Gang, doch dürfte im Laufe des Freitags die Verbindung mit dem Westen des Reiches gänzlich unterbrochen werden. Der Güterverkehr ist bereits jetzt stark eingeschränkt, und lediglich die für die Entente vorbereiteten Räume werden noch fahrplanmäßig durchgeführt. Eine Deputation hat von der Interalliierten Kommission die Aufsicht erhalten, das die Entente dem Eisenbahnstreik gegenüber so lange wohl wolle, da die Neutralität bewahrt werde, als der von der verlangte Dienst ordnungsmässig verkehren werde. Die Streitleitung hat daran hin ihre Abhänger aufgerufen, der Entente keine Schnellzüge zu bereitstellen.

Die bevorstehende Einschaltung des geläufigen Verkehrs ist vor allem durch die Lahmlegung der Betriebswerksnäthe bedingt.

Das Reichsverkehrsministerium hat entsprechend dem Beschluss des Kabinetts bis zur Eintrittsfeier Verhandlungen mit den Industriellen aufgenommen, da das Kabinett sich einstimmig auf den Standpunkt gestellt hat, dass das Vorzeichen der Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes als glatter Tarif zu aufzufassen ist. Die Behörden wollen zunächst noch die weitere Entwicklung der Dinge im Westen abwarten und, falls nicht binnen kurzem die Arbeit wieder aufgenommen wird,

die tarifschädlichen Arbeiter und Beamten frisslos entlassen.

Eine gewisse Verschärfung der Lage drohte auch dadurch einzutreten, dass auch in Berlin sich jetzt unter den Eisenbahnarbeiter eine Sitzung für den Eintritt in den Streik geltend macht. Sowohl dem Deutschen Eisenbahnerverband, als auch der Reichsverkehrsbehörde Deutscher Eisenbahnerbeamter sind aus Kreisen ihrer Mitglieder, die an den Unterbeamten zählen, Telegramme und Briefe angeschickt, in denen ein Eintritt aus den Beamten in den Streik gefordert wird. Die Reichsverkehrsbehörde Deutscher Eisenbahner hat die heutige nochmals ihren Vorstand zusammengetreten, um an der angekündigten Lage Stellung zu nehmen. Sie hat nach mehrstündigen Beratungen zunächst verschlossen, sondern eine abwartende Stellung einzunehmen. Den Beamten nach wollen noch im Laufe dieser Nacht in Berlin die Eisenbahnerorganisationen zusammengetreten, um Beschlüsse für ein weiteres gemeinsames Vorgehen zu fassen.

Wie aus dem Reichsverkehrsministerium noch mitgeteilt wird, soll versucht werden, einen, wenn auch beschränkten Personenverkehr mit den betroffenen Gebieten einzurichten. Man erachtet, dass die Durchführung des Verkehrs möglich sein wird, wenn nicht von den Ausständigen Sabotage an den Verkehrsunternehmungen verübt wird. Zum Schutz der Bahnstreiter soll ein ausgedehnter Schutz in eingerichtet werden, dessen Vorbereitungen bereits getroffen sind.

Köln, 20. Dez. Der Deutsche Eisenbahnerverband hat den Streik für Köln-Ei am heutigen Nachmittag 2 Uhr für Köln-Ei auf keinen abends 10 Uhr angetreten. Die Arbeiter in Köln-Ei sind daran heute nachmittag 2 Uhr in den Ausstand gegangen. Es ist bisher gesagt, dass die Personenverkehr im allgemeinen abzuwarten, doch sind im Güterverkehr bereits erhebliche Veränderungen eingetreten. (W. T. B.)

Düsseldorf, 20. Dez. Die dem Deutschen Eisenbahnerverband angehörenden Eisenbahnarbeiter in Düsseldorf haben beschlossen, morgen 6 Uhr im Streik zu treten. Die Beamten sind ebenfalls in Düsseldorf beschlossen, doch die Arbeit weiter fortzusetzen werden. Da in anderen Verbänden organisierte Arbeiter scheinen gewillt zu sein, diesem Beispiel zu entsprechen. Wenn liefern noch ähnliche Fälle von Köln, Essen und anderen Städten, mit Ausnahme von Ebersfeld, lokalanalog ein. (W. T. B.)

Essen, 20. Dez. Nach Mitteilung der Eisenbahndirektion Essen war ein allgemeiner Streik bis heute abends im Direktionsbezirk noch nicht festzustellen. Auch hier sind die Entscheidungen der Arbeiterschaft, die am Nachmittag Versammlungen abgehalten hatte, noch nicht vor. Der Verkehr nach Köln konnte jedoch nur beschränkt aufrecht erhalten werden.

Ablehnung des Streiks in Bayern.

München, 20. Dez. Auf eine Anfrage bei den drei bayerischen Eisenbahnerorganisationen teilen die Münch. R. R. mit, dass alle drei Eisenbahnerorganisationen übereinstimmen, jeden Streik gebannt zu ablehnen, da in Bayern die Streitverhältnisse ganz anders geartet seien, als in Preußen.

Wohsende Gefahr eines Eisenbahnstreiks in Sachsen.

Die wilden Streiks der Eisenbahn- und Werkstättenarbeiter, die im westlichen Deutschland ausgebrochen sind, droben auch in Sachsen Boden zu gewinnen. Obwohl die Eisenbahnerorganisationen in Dresden vor allen unbewilligten Schritten gewarnt hatten und die Verantwortung für die bei einem Eintritt in den Streik entstehenden Folgen übernommen, sind es zum Teil die radikalsten Elemente des Betriebsrats der Dresdner Eisenbahnerwerkstätten, denen es daran liegt, sich mit den streikenden Eisenbahnarbeitern solidarisch zu erklären. Wie uns aus unterrichteter Quelle mitgeteilt wird, bilgen die Eisenbahnerorganisationen diesen Streik deshalb nicht, weil die Verhandlungen beim Reichsverkehrsministerium noch nicht abgeschlossen sind und zu dem letzten Mittwoch erst dann geöffnet werden kann, wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind. Entgegen dem Willen der besseren Ortsverwaltungen der Eisenbahnverbande hatte der Betriebsrat der Dresdner Eisenbahnerwerkstätten am gestrigen Donnerstag eine Betriebsversammlung angelegt. Die Verhandlung, die einen kuriosen Verlauf nahm, hat sich über zu einem Streit beschluss ablehnend verhalten, da die befremdete Arbeiterschaft in dieser die Oberhand behielt. In den nächsten Tagen wird eine neue Versammlung stattfinden. Sollte sich in der Zwischenzeit nicht eine wesentliche Befreiung der Verhandlungsbehörden in Berlin ergeben, so dürfte auch in Sachsen mit einem Streik zu rechnen sein. Da ein großer Teil der Eisenbahnerbeamten in dem hier in Frage kommenden Gewerkschaften organisiert ist, so ist auch eine Arbeiterschaftserhebung möglich, da auch die Gewerkschaft im Augenblick in schweren Geldnotlagen steht. Aberwendet sie die Gefahr einer Arbeiterschaft, die die Verhandlung fernzuweichen scheint, sondern sie ist nach Ausdruck berufener Personen eher im Bade zu betrachten. Bei einem Streik der Dresdner Werkstättenarbeiter würde es sich um etwa 8000 Arbeiter handeln, auch um jene, die im Bahnunterhaltungsdienst beschäftigt sind.

Neue deutsche Note an den Reichskanzler.

Rotterdam, 20. Dez. "Daily Telegraph" meldet aus Paris, dass Deutschland eine neue Note wegen der von General Roerig aufrechterhaltenen Blockade nach Auflösung der deutschen Polizeiorgane gegeben habe. Der Reichskanzler wird am 12. Januar zu dieser deutschen Note Stellung nehmen und zu einer weiteren Note, die die Herauslösung der Kosten für die interalliierten Truppen und Kommissionen in Deutschland betrifft.

Die Verständigung österreichischer Kunstsäcke.

Die Wiener und mit ihnen die ganze künftige Welt sind voll Trauer. Die trocken, graulamen Politiker der Westmächte, deren Herz nicht mitschwang, wenn von der altherwürdigen Kaiserstadt an der Donau mit ihrem nun verbliebenen Reichtum an Geist und Gemüt, an Wissenschaft und Kunstschätze die Rede ist, planen einen neuen verabscheuungswürdigen Eingriff in den letzten Rest, der die, auch nun schon so unzähligen Tage des tiefen Wiener Eisenbahnerstreiks überdauert hat. Sie wollen Brod und Geld geben, wenn die kleine lebensunfähige Republik an der Donau sich bereit erklärt, ebensoviel ihrer Kunstsammlungen gegen amerikanisches Kapital zu verpländen. Wie einen Schmerzensatrei aus angst- und hungergepeinigter Brust ringen sich Wiener Blätter die Mitleidung an die Bevölkerung ab, dass für die österreichische Regierung keinen anderen Ausweg gebe, als ihre Einwilligung zur Preisgabe wertvoller, historisch gewordener Kunstdenkmäler zu gewähren, wenn die Ernährung der sechs Millionen Landesköniglichen über das Frühjahr hinaus retten wollte. Sie bemühen sich, zu erklären, dass es so traurig ist, mit der offenen Hand vor stehenden Türen stehen zu müssen, und nichts als Erbarmen für die Hilfe hingeben zu können, als ein Stück der eigenen Seele. Und doch wollen sie dieses unverdienstliche Opfer für unbedingt notwendig, für gänzlich unmöglich, weil die Not und der Hunger, der verzweifelte Wille, das nackte Leben zu retten, nach Bekämpfung schreien.

Wien hungert! Vor Jahresfrist bereits brachten deutsche und ausländische Blätter unter dieser Ueberschrift Schilderungen vom Elend der Wiener Kinder, von der wachsenden Armut der einheimischen Bevölkerung, von den aufs Ungeheuer ansteigenden Preisen. Dann war es wochenlang still in der Presse über dieses Thema. Aber bald erhoben sich neue Klagen, neue Hilferufe, denen aber in den sonst stillstehenden Nachbarländern Österreichs, vor allem bei uns, nur mit begrenzten Mitteln und Kräften nachgekommen werden konnte. Die reichen und teilweise im Gold erschienenen Weiß- und Weltmächte verschleierten ihre angeblich geplante umfassende Hilfsaktion von Monat zu Monat, setzten sie vor das Forum ihres Böllerbundes und brachten doch nur einige oberflächliche kurzfristige Lebensmittelunterstützungen zuwege, die bald verbraucht waren. Inzwischen stieg die Not in Wien aufs Höchste. Wie in Russland, begann man in dieser Zeit nur noch mit Tausendreichern zu rechnen und zu wirtschaften. Ein Allogramm Schmid kostete über 200 Kronen, ein Zigarettenpaket 20, 40, 70 Kronen. In dieser Situation griffen wenige Wochen vor Weihnachten die verkommenen und verhungerten Massen zum selbstmörderischen Mittel der Gewalt, zertrümmerten die Scheiben der im Schleierkund prahlenden Geschäfte, die den valastartigen Kommissionären des feindlichen Auslands alle nur denkbaren Genüsse seiterten, und glaubten auf diese Weise ihrem Elend ein Ende bereiten zu können.

Ende wurde dabei von Tag zu Tag immer klarer: Das so nicht weiter gehen konnte, das hier Hilfe geschaffen werden musste. Und aus diesem Druck der alten begehrten Personenverkehr mit den betroffenen Gebieten einzurichten. Man erachtet, dass die Durchführung des Verkehrs möglich sein wird, wenn nicht von den Ausständigen Sabotage an den Verkehrsunternehmungen verübt wird. Zum Schutz der Bahnreisenden soll ein ausgedehnter Schutz in eingerichtet werden, dessen Vorbereitungen bereits getroffen sind.

Köln, 20. Dez. Der Deutsche Eisenbahnerverband hat den Streik für Köln-Ei am heutigen Nachmittag 2 Uhr für Köln-Ei auf keinen abends 10 Uhr angetreten. Die Arbeiter in Köln-Ei sind daran heute nachmittag 2 Uhr in den Ausstand gegangen. Es ist bisher gesagt, dass die Personenverkehr im allgemeinen abzuwarten, doch sind im Güterverkehr bereits erhebliche Veränderungen eingetreten. (W. T. B.)

Düsseldorf, 20. Dez. Die dem Deutschen Eisenbahnerverband angehörenden Eisenbahnarbeiter in Düsseldorf haben beschlossen, morgen 6 Uhr im Streik zu treten. Die Beamten sind ebenfalls in Düsseldorf beschlossen, doch die Arbeit weiter fortzusetzen werden. Da in anderen Verbänden organisierte Arbeiter scheinen gewillt zu sein, diesem Beispiel zu entsprechen. Wenn liefern noch ähnliche Fälle von Köln, Essen und anderen Städten, mit Ausnahme von Ebersfeld, lokalanalog ein. (W. T. B.)

Und das zu den vornehmsten dieser Schäfte die Wiener Gobelins gehören, daran kann kein Zweifel sein. Der größte Teil von ihnen entstammt den Händen standhafter und niederrheinischer Meister des 10. und 17. Jahrhunderts. In großer Farbenpracht und mit unbeschreiblicher Meisterschaft sind diese Gobelins, wie Wiener Blätter bemerken, bei aufwändigster Einrichtung des Generalstaates gekrönt. Einmal erklärte sich die Reparationskommission großmächtig bereit, ihr Generalstaat, das ähnlich wie in Deutschland Artikel 245 des Vertragsvertrags sich auf allen staatlichen Besitz erstreckt, in Anlehnung jener künstlerisch unermesslich wertvollen Wirkereien nicht gelten möchten zu wollen. Semper könnte Dekkerreich, wie Wiener Blätter bemerken, bei aufwändigster Einrichtung des Generalstaates eine große Rolle spielen, bot er die weltberühmten Gobelins der ehemals kaiserlichen Sammlungen zum Kauf für eine Interimsanleihe in Höhe von etwa 100 Millarden österreichischer Kronen an. Nach längerem, mehr formellem Hin und Her erklärte sich die Reparationskommission großmächtig bereit, ihr Generalstaat, das ähnlich wie in Deutschland Artikel 245 des Vertragsvertrags sich auf allen staatlichen Besitz erstreckt, in Anlehnung jener künstlerisch unermesslich wertvollen Wirkereien nicht gelten möchten zu wollen. Semper könnte Dekkerreich, wie Wiener Blätter bemerken, bei aufwändigster Einrichtung des Generalstaates eine große Rolle spielen, bot er die weltberühmten Gobelins der ehemals kaiserlichen Sammlungen zum Kauf für eine Interimsanleihe in Höhe von etwa 100 Millarden österreichischer Kronen an. Nach längerem, mehr formellem Hin und Her erklärte sich die Reparationskommission großmächtig bereit, ihr Generalstaat, das ähnlich wie in Deutschland Artikel 245 des Vertragsvertrags sich auf allen staatlichen Besitz erstreckt, in Anlehnung jener künstlerisch unermesslich wertvollen Wirkereien nicht gelten möchten zu wollen. Nicht genug, dass in der Galerie der Wiener Hofburg seit über Jahr und Tag eine bedenkliche Zahl leerer Rahmen den alten Eintritt der Entente verrät, nicht genug damit, dass das Berliner Kaiser-Friedrich-Museum den schweren Verlust der einkreischlich erworbenen Tafeln des Gentier Altars, die Münchener Pinakothek den der Tafeln des Abendmahlaltars von Dietrich Bouts zu beklagen hat, dass Matthias Grünewalds Sibylle-Matthias Altar von München nach dem französisch gewordenen Golmar zurück muhte, die kulturstörungswütigen Entente-Kanonenfritzen freudig ihre Hand nach weiteren Schäden mittelosteuropäischer Kunstsammlungen aus, soweit sie sich in den niedergeschlagenen Staaten befinden.

Und das zu den vornehmsten dieser Schäfte die Wiener Gobelins gehören, daran kann kein Zweifel sein. Der größte Teil von ihnen entstammt den Händen standhafter und niederrheinischer Meister des 10. und 17. Jahrhunderts. In großer Farbenpracht und mit unbeschreiblicher Meisterschaft sind diese Gobelins, wie Wiener Blätter bemerken, bei aufwändigster Einrichtung des Generalstaates gekrönt. Eine von ihnen entstammt der Studie über die Geschichte in den Wiener Jahrbüchern (1904) gerade mit jener Nach-Moglerschen Wirkerei, deren Karton er in Einheit mit August Schmarsow der Hand des Meisters selbst zugeschrieben, eine Tafel, die von großem Interesse für die innige Verbundenheit der verschiedenen Kunstsammlungen in Burgund und den Niederlanden während des 15. und 16. Jahrhunderts ist.

Wenn man in Wien davon geht, diese Kunstsäcke, deren kunsthistorischen Wert an dieser Stelle im einzelnen festzulegen unmöglich ist, zu verpländen, dann kann man diesen Alten nur als eine lebte verantworte Römer zu bezeichnen, bis zu der es auch eine feindliche Nation nicht kommen lassen dürfte. Eine solche Auseinandersetzung gegen die Römer erfordert sich heraus, eine allmächtige Reparationskommission erfordert sich heraus, eine Anlage, über die die Geschichtie späteren Generationen erst einmal befinden wird und von deren behauptendem Vorwurf weder England noch Frankreich sich zu verbürgen bestreiten können. Für uns aber, die wir in Mitleidenschaft mit unseren deutschen Brüdern in Wien und Österreich unter einem gleichartigen Vertrag wie dem von St. Germain leiden, erwünscht aus der Verwaltungstat der Wiener Regierung ein warmherdes Zukunftsblatt, das eines Tages auch einmal für uns rechzeitig nach lernen, ob unsere Kräfte in sparsamer und geschickter Disposition zur Zeitung unserer Wirtschaft und unserer nationalen Widerstandskraft einzutreten.

General v. Wandel?

Köln, 20. Dez. Nach einer Meldung der "Köln. Volkszeitung" aus Bonn ist General v. Wandel, der frühere Gouverneur von Köln und späterestellvertretende Kriegsminister, an der Grippe gekommen, (W. T. B.)